

Hauseigentümer verprellt



Die B-Plan-Änderung für das Boltenhagener Wohngebiet Am Reek ist vorerst auf Eis gelegt.

foto: dth

Ostseebad Boltenhagen (pki). Wie Boltenhagens stellvertretender Bürgermeister Christian Schmiedeberg (CDU) in der Tagespresse mitteilte, werden die Planungen für die Zulassung einer untergeordneten Ferienwohnnutzung im Wohngebiet Am Reek „nun erst mal auf Eis gelegt.“

Bereits 2009 häuften sich erste Beschwerden von Anwohnern in sogenannten „Reinen und Allgemeinen Wohngebieten“ über die Nutzung der Eigenheime als Ferienhäuser für Urlauber. Im Jahr 2010 musste erstmals das Bauordnungsamt des Landkreises auf die vielen Beschwerden reagieren und forderte die Gemeinde zum Handeln auf. Und im August 2010 lud der Bürgermeister zu einer Beratung mit allen Gemeindevertretern, dem 1. Stellvertretenden Landrat und dem Bauordnungsamt. Damals wurde vereinbart, eine

entsprechende Änderung des B-Plan Nr. 9 auf den Weg zu bringen. Allerdings sollte einer vollständigen Nutzung von Einfamilienhäusern zu Ferienhäusern ein Riegel vorgeschoben werden und nur eine untergeordnete Ferienwohnnutzung erlaubt werden.

Eine große Mehrheit der Volksvertreter war für die Änderung des Bebauungsplanes. Im Mai 2011 wurde die Öffentlichkeit beteiligt, alle mehr oder weniger Betroffenen konnten sich zu den Planungen äußern. Auch hier sprach sich eine große Mehrheit für die Änderung aus. Trotzdem wurde die Änderung durch einzelne Volksvertreter verzögert. Daher kam es erst am 5.12.2011 zu einer ersten Beratung im Bauausschuss, die Änderung dann befürwortete.

Die Abwägung der Stellungnahmen stand am 23.2.2012 endlich auf der Tagesordnung der Gemeindevertretung, die dem Beschlussentwurf letztlich zustimm-

te. Leider war das Amt Klützer Winkel nicht in der Lage, die Sitzung ordentlich öffentlich bekanntzumachen, so dass alle Beschlüsse rechtswidrig gefasst worden waren und die Angelegenheit neu beraten werden musste. Nun schaltete sich die CDU-Fraktion aktiv ein und deren Vorsitzender Hans-Otto Schmiedeberg wollte, bevor seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen könne, einige Fragen geklärt haben: Einigkeit zwischen Dauerwohnern und Ferienvermietern sollte hergestellt, Schadenersatzansprüche gegenüber der Gemeinde ausgeschlossen werden. Und die Kosten der Planänderung sollten diejenigen tragen, die den Nutzen davon hätten. Auch die eindringlichen Hinweise von Seiten der Amtsverwaltung konnten ihn nicht davon abhalten. Diese, im letzten Moment vorgetragenen Bedingungen, führten am 23.5.2012 dazu, dass nur noch drei Volksvertreter mit Ja

stimmten während sich vier dagegen aussprachen und drei sich enthielten.

Was bleibt, ist eine Situation, in der sich Befürworter und Gegner einer Planänderung hilflos gegenüberstehen. Von ihren Volksvertretern allein gelassen, die es in zwei Jahren nicht geschafft haben eine einvernehmliche Änderung zu erreichen. Eine Änderung, die Signalwirkung für einen Tourismusstandort mit besonderem Stellenwert gehabt hätte. Diese Volksvertreter überlassen ihre Einwohner und Gäste jetzt den Ordnungsverfügungen einer Baubehörde, die mehr als zwei Jahre geduldig die vergeblichen Anstrengungen beobachtete. Sie hinterlassen Kosten von mehr als 30.000 Euro Steuergelder und wenden sich neuen Bebauungsplänen zu. Für die Hauseigentümer bleibt nur die Hoffnung auf das Jahr 2014, dem Jahr der nächsten Kommunalwahlen.

Blickpunkt Landkreis Nordwestmecklenburg

Park & Ride jetzt erst einmal verschoben

Claudia Hörl macht unter anderem ihre zwischenzeitliche Kündigung verantwortlich

Boltenhagen (pki). Boltenhagens Gemeindevertreter haben 2011 die Erstellung eines Verkehrskonzeptes beauftragt. Die Verkehrsbelastung und der damit einhergehende Lärm im Ostseebad sowie eine Bürgerinitiative gegen den Verkehrslärm im Ortszentrum erforderte endlich sinnvolle Maßnahmen. Jahrzehntelang sind die Verkehrsprobleme von den Verantwortlichen ignoriert worden. Große Bauprojekte im Ortszentrum oder auch in den Außenbereichen wurden umgesetzt, dadurch stiegen die Verkehrsbelastung und damit die Lärmbelastung von Jahr zu Jahr an.

Um etwas dagegen zu unternehmen gab es einen Vorschlag aus den CDU-Reihen: zwei Kreisverkehre sollen am Ortsseingang aus Richtung Klütz gebaut werden, mit Welcome-Center und Park & Ride Verkehr. Dass noch kein Verkehrskonzept vorliegt, schreckt die Protagonisten nicht. Es ist wie so oft in der Vergangenheit: erst einmal bauen und dann schauen. Und die betroffenen Bürger bleiben bei den Planungen wie immer außen vor. Überleitete Beschlüsse werden gefasst, ohne die Folgen zu bedenken. Wenn sich dann herausstellt, dass die Planungen nicht aufgehen, dann werden wieder die bekannten Schuldigen ausgemacht. Jetzt wurde als erstes die

Idee eines Park & Ride Verkehrs vorerst auf das nächste Jahr verschoben. Als Ursache dafür nannte die Kurbetriebsleiterin Claudia Hörl in der Tagespresse, die durch ihre Entlassung entstandene dreiwöchige Zwangspause. Kein Wort darüber, dass es bisher weder Genehmigungen für eine Streckenlizenz vom Straßenverkehrsamt gibt oder gar eine Baugenehmigung für den Parkplatz in Tarnewitz (Foto). Dort hatte die Gemeinde vor mehr als einem Jahr gerade erst den Bebauungsplan zugunsten eines Lebensmittelmarktes geändert. Auch die Nutzung des Parkplatzes an der Sportanlage ist längst nicht geklärt, haben die Gemeindevertreter doch vor zwei Jahren einen Nutzungsvertrag mit dem Sportverein abgeschlossen, der auch die vollständige Nutzung der Parkflächen beinhaltet.

Eine weitere Hürde besteht in einem Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Zweckverband Grevesmühlen, der die gemeinsame Nutzung der Zufahrt zur Sportanlage und der Kläranlage regelt. Ein zusätzliches Handicap besteht auch in der Fahrbahnbreite der Zufahrtsstraße von nur 3,50 Meter. Wer deutsche Genehmigungsbehörden kennt, wird angesichts einer angeblichen Verzögerung von drei Wochen als Ursache für das Scheitern dieser Idee

nur den Kopf schütteln können.

Obwohl die Gemeindevertretung den Probebetrieb am 5. Juli 2012 mehrheitlich beschloss, hat die Eigenbetriebsleiterin Claudia Hörl den Gemeindevertretern intern folgendes schriftlich mitgeteilt: „Aufgrund von Einsprüchen des Sportvereins bezüglich der Nutzung des Parkplatzes bei der Sport- und Freizeitanlage, der fortgeschrittenen Saison 2012, meiner fast dreiwöchigen durch Herrn Claus verursachte Auszeit und Bedenken bei einer ordnungsgemäßen Verfahrensweise bezüglich Ausschreibungsverfahren usw. habe ich mich gegen die Umsetzung des Park & Ride Systems für 2012 entschieden.“

Ein unglaublicher Vorgang: Das oberste Willensbildungsorgan einer Gemeinde beschließt am 5. Juli 2012 den Probebetrieb umgehend aufzunehmen und die verantwortliche Mitarbeiterin antwortet lapidar, dass sie sich dagegen entschieden habe!